

gierung nicht irre machen. Wenn eine politische Körper-
schaft den Verstand verliert, so muß sie ebenso wie der
einzelne unter Strafe gestellt werden."

Der Führer v. Cessa, der die Verfolgung preußischer
Parlamentarier organisiert hat, würde sich vergeblich
Nähe machen, wenn er den Autor dieser großen Verleumdung
des preußischen Dreifachwahlrechts vor Gericht schleppen
wollte. Es war am 3. Oktober 1892, und das Dreifach-
wahlrecht stand noch in der Blüte seiner Jugend, als die schon
damals junkerlich-konservative Kreuz-Zeitung, im Kampfe
für Gott, König und Vaterland die preußischen Dreifach-
wähler für Narren und Bösewichte erklärte und die Unter-
stellung der ganzen Körperhaftigkeit unter die Vorwurfschuld des
Verpreßungsgesetzes empfahl. Damals, in der Konfliktzeit, da sich
die fortgeschrittenen Kräfte des Abgeordnetenhauses den mili-
tärlichen Forderungen des Kriegsministers v. Helmuth von
Moltke am 2. Oktober 1892, im Namen der Reichs-
kommission für den konservativen Presse-Verein, eine Ver-
nehmung, eine hinter dem alles weit zurückließ, was in
der gegenwärtigen Wahlrechtsbewegung der sozialdemokratischen
Seite über das angelegene Parlament der Welt gesagt wor-
den ist. Damals war es die Kreuz-Zeitung, die den
Standpunkt vertrat, das preußische Abgeordnetenhau-
s sei keine wahre Volks-Vertretung; denn drei
Viertel der Wähler hätten überhaupt nicht ge-
wählt, und in dem wählenden Viertel sei immerhin eine
starke konservative Minderheit vertreten. Ein Staatsanwalt,
der damals die Kreuz-Zeitung angeklagt hätte — wie jetzt
die Erfurter Tribune und die Düsseldorf'sche Volks-
Zeitung — hat sich allerdings nicht gefunden; denn da-
mals im Amt getretene preußische Ministerpräsident v. Bis-
marck dürfte nicht nur genau so wie die Kreuz-Zeitung,
sondern er handelte auch damals.

Rob. ein Opfer der Juden und Demokraten.

Der Kaiser hat sich noch immer nicht entschieden, ob ein
königlich preussischer Staatsminister, der sich unter dem Vor-
wande die Hälfte des Kapitals an den Geschäftsführer der Firma
Tippelskirch beteiligt hat, im Amte bleiben könne, oder ob es
nötig sei, ihm den erbetenen Abschied zu bewilligen. Die
Deutsche Tageszeitung — für deutsche Arbeit in Stadt
und Land — liegt abermals die Hand aufs Herz zur Betue-
rung, daß hier vierzigprozentige Beteiligung nicht das Mindeste vorzu-
werfen sei, und daß kein Fall, träte er wirklich ein, ein Sieg
der jüdischen und demokratischen Presse wäre. Inzwischen
fährt diese Presse fort, Herr v. Bobbielski vorzuhalten, weshalb
ein Ministeramt er sei. Es wird festgestellt, daß er von den
Beschuldigungen, die sein Klingel läßt, wenn er an ihnen auch
nicht beteiligt sein sollte, gewußt hat: denn er hat den Dank
des Majors Fischer für ein ihm gewährtes sogenanntes
„Darlehen“ huldreichlich angenommen. Des weiteren wird
erzählt, daß Bobbielski (!), die in den Kolonialdienst über-
traten, angehalten wurden, ihre Stellen bei Tippelskirch, Bod-
bielski zu kaufen, die dabei pro Paar 17 Mark im Preise
aufschlugen. Eine von der Firma Tippelskirch ausgehende
Verpflichtung trieb den Mann bedeutend niedriger, ändert
aber nichts an der Sache. Unter solchen Umständen muß es
geradezu furchtbar wirken, wenn die agrarische Programms-
presse in einem Fort auf die Juden schimpft, die an dem Unglück
dieser Lieblingschuld teil haben. Den Juden hat Bobbielski
zurzeit nicht das Geringste vorzuwerfen; denen ist er doch
bedeutend über.

Zu den Meldungen, daß der frühere Kolonialdirektor Stüb-
bel, als ihm dem Landwirtschaftsminister nachgesetzt würde,
daß sie bei Tippelskirch beteiligt seien, gegen einzelne Blätter
flagrant wurde, Herr v. Bobbielski aber nicht, bemerkt die
Frankfurter Zeitung: Wir glauben, zu wissen, daß
Herr v. Bobbielski damals dem Reichstanzler in irgend
einer Form, vielleicht in der einer Anfrage oder des guten
Willens nahe gelegt worden sei, gleichzeitig Strafanztrag zu
stellen. Bobbielski aber lehnte in seiner für gewöhnlich jovial
bezeichneten, eigentlich aber auch anders zu charakterisierenden
Art mit den Worten ab: „Wo werde ich denn! Stüb-
bel ist beleidigt, weil er einfluß auf die Vergeltungen von
Viehzüchtern hat, ich bin ein ganz gewöhnlicher erlieh
Herr v. Tippelskirch eine entsprechende Erklärung. Damit
war der Versuch, damals eine Klärung der ganzen Angelegen-
heit herbeizuführen, gescheitert.“

Karl Peters über deutsche Kolonialschwäche.

Karl Peters, „Hänge-Peters“, selbst eine der traurigsten Ge-
halten der deutschen Kolonialgeschichte, veröffentlicht in der
Londoner Finanzavis eine Aufsatz, in dem er den
Zusammenbruch des ganzen deutschen Kolonialsystems ruf-
los eingestuft. Er schreibt u. a.:

„Ein Kluger in Afrika sehr bekannten Engländer, fragte mich
vor einigen Wochen in Romboja, ob Deutschland von
seinen afrikanischen Kolonien noch nicht genug
habe. „Bei Weitem“ bejahen war die Frage meines eng-
lischen Freundes ganz berechtigt. Jedem Außenstehenden
muß das Faß der deutschen Kolonialpolitik
erkant und engbüßig erscheinen, und von sau-
mannischen Standpunkt aus ist es durchaus natürlich, zu
sagen zu fragen, ob er eine Unternehmung, welche ihm nur
nettes kostet und garnichts einbringt, nicht einmal die Freude
des Besizes selbst verdirbt, nicht lieber loslagern
will. Freude hat unter Volk an seinen Kolonien bislang nicht
gehabt, weder Freude, noch Ehre, noch Gewinn.
Die Unfähigkeit, über die Landgebiete auszu-
sagen, ist auch nur zu bemerken, hat den deutschen Ansehen natu-
rergemäß auf der ganzen Erde geschadet.“

Niedlich und durchaus fesselnend ist auch ein kleines
Führerchen, das Peters aus Afrika mitgebracht hat. Als er
nämlich einen Buren fragte, warum er das deutsch-afrikanische
Gebiet verlassen und sich auf englischen Boden angelassen hätte,
erhielt er die Antwort: „We are not livo with those damned Ger-
mans; they govern two menek (Wir können mit diesen
verdammten Deutschen nicht leben; die regieren zu viel).
Der Bure hat eben keine Ahnung davon, was eine preussische
Mutterverwaltung ist! Wir wissen's!“

Kulturarbeit mit dem Hentereille.

Im vorigen Jahre wurde ein alter pensionierter Oberstleut-
nant von seinen Wirtseuten und einem dritten Komplizen aus
Habgier auf das grausamste ermordet. Die beiden mörderischen
Verbrecher haben vor einiger Zeit das Verbrechen mit dem
Tode durch Hentereille gebüßt. Dagegen mußte der Strafvolk-
zug an der Frau ausgeübt werden, weil sie ihrer Ent-
scheidung eingeleitet. Am 11. die letztere erfolgt, und nach
den Wunsch des Verlegers mußte auch Wachen nach Ostpreu-
gen Gebur das Kind der Mutter weggenommen werden, damit an
dieser das Todesurteil vollstreckt werde. Es handelt sich hier
um ein tragisches Ereignis, welches das Mitleid herauf-
fordert. Zwar wird man das Kind früher oder später der Mutter
noch wiedergeben müssen, und wenn das Kind die Erde nach
vielen Jahren, wenn vielleicht überhaupt, wiedergehen kann, so
läge doch eine ungeheure Grausamkeit darin, dem jungen Kind

die Mutter zu töten, wenn ihr auch die Strafe nach den Wunsch
des heutigen Ewes zugesamt. „Es ist etwas eingetreten,
das wie eine Unmöglichkeit zwischen der Mutter und dem Tode-
urteil liegt.“ Es erscheint furchbar, der Mutter das Kind von
der Brust zu reißen und sie auf den Richtplatz zu schleppen.

Es ist nicht ohne Interesse, daß sich eine französische Schrift-
stellerin, Madame Sévère, dieses Falles angenommen und eine
Agitation zur Verabfolgung der verurteilten Frau Wilmers
eingeleitet hat. Weberhaupt aber regt der Vorfall das an, sich
wieder einmal mit der Frage der Todesstrafe zu beschäftigen.
Auch in dieser Beziehung scheint und Frankreich vorzugehen zu
wollen, denn die Budgetkommission der Deputiertenkammer hat
vor einiger Zeit das Gehalt des Schatzrichters getilgt und
damit kein gegeben, daß sie die Abschaffung dieser Strafe
wünsche. Es stellt außer Frage, daß auch die Parlamentsmehr-
heit diesen Beschlusse zustimmen und auch die Regierung ange-
sichts der von ihr im allgemeinen vertretenen Tendenz kein Beden-
ken einlegen dürfte. Die Todesstrafe ist ferner eingeführt wor-
den, in der Anschauung, daß sie abschreckend wirken und die
Zahl der Verbrechen verringern würde. Diese Hoffnung ist aber
eine irrige gewesen, nicht einmal die öffentlichen Strickstrafen
haben eine solche Wirkung ausgeübt, vielmehr eingetandener-
maßen vielfach sogar zur Begehung von Verbrechen angeleitet.
Wovon also eine Strafe beibehalten, welche doch ihren eigent-
lichen Zweck nicht erfüllt. Bei uns in Deutschland war vor
Gründung des Reiches die Todesstrafe in verschiedenen Staats-
anstellungen abgeschafft, wie in Sachsen, Oldenburg und Anhalt.
Erst durch das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes, aus
welchem sie in das Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches über-
tragen, ist sie in den genannten Staaten wieder eingeführt wor-
den. Aber man hat gesehen, daß es auch ohne sie gegangen
ist. Tatsächlich wird die Zahl der Gegner der Todesstrafe
immer größer, auch hervorragende Juristen verwerfen die-
selbe ganz entschieden, nicht in letzter Linie im Hinblick auf
die Möglichkeit von sogenannten Selbstmorden, die sich seit
in höherer Zahl begangen worden sind, als bei Lage der Dinge
festgestellt werden konnte. Ganzlich abgeschafft ist die Todes-
strafe in Italien, Holland, Portugal, Rumänien und verschiede-
nen Staaten Amerikas und in der Mehrzahl der schweizerischen
Kantone, wobei man auch von der Ansicht ausging, daß eine
lebenslängliche Einlieferung bei schwerer Arbeit im Grunde ge-
nommen eine viel härtere Strafe sei, die abermals aber doch
dem Täter die Möglichkeit nicht gänzlich abschneidet, sich zu
bessern. Sollte nicht auch in Deutschland endlich die Zeit ge-
kommen sein, diese Strafe aus dem Gesetze zu streichen? Die
Reform des Strafprozesses, so wenig Ernsthaftes davon zu er-
warten ist, ist in Angriff genommen und bei dieser Gelegenheit
sollte wohl auch die Todesstrafe beseitigt werden.

Wirkungen der Zigarettensteuer. In Rassel hat der
antikemische V. d. A. Kammern für die Zigaretten-
steuer gestimmt, daß Arbeiterentlastungen und Be-
triebseinsparungen u. s. w. die Folge dieser Steuer wären. Als
Hauptplatz der Zigaretten-Industrie wurde besonders Dresden
genannt. Ein Herr Schmidt, der die Sache weiter verfolgte,
erhielt nun dieser Tage von Herrn Karl Greier, Syndikus des
Verbandes der deutschen Zigaretten-Industrie in Dresden, fol-
gende Aufschreibung: „Abre Annote, daß in der Zigaretten-
Industrie sehr viele Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos sind, ist
vollständig richtig. In Dresden allein sollen ca. 4000 Ar-
beitnehmer aus den Fabriken entlassen worden sein.
Aufträge gehen in den Fabriken fast gar nicht ein, da die Hän-
der ihre Vorräte ausverkaufen wollen und nur das Allernot-
wendigste, von dem sie keinen Vorrat mehr besitzen, bestell-
en. Genaue Zahlen können wir Ihnen zurzeit noch nicht mitteilen,
wir sind aber mit einer Statistik über die Arbeiterentlastungen,
über den Rückgang der Fabrikation u. s. w. beschäftigt, die in
einigen Monaten zur Veröffentlichung gelangen wird. Der
Herr Reichstagsabgeordnete Kattmann ist naturgemäß gar nicht
in der Lage, ein sachgemäßes Urteil über die Verhältnisse in
der Industrie abzugeben. Wenn er die Anzahl von Arbeiter-
entlastungen tatsächlich als Höhe bezeichnet hat, so hat er damit
eine Aussage gemacht, die in sachlich und objektiv bedenkender
Mann nicht tun würde.“

Dresden's Reichstagsabgeordnete, bemerkt die Sachl. Ar-
beiter-Ztg., Sozialdemokraten, haben gegen diese Steuer
gestimmt. Herr Kattmann ist ein Beweis, wie verlegen ge-
genüber der Wirkung dieser Steuer jetzt die Leute werden, die sich
im Reichstage den Teufel um Volksinteressen scharren. —

Auch in Berlin ist übrigens die Arbeitslosigkeit unter den
Arbeltern in der Zigarettenindustrie infolge der Zigarettensteuer
sehr groß. In einer öffentlichen Versammlung der Zigaretten-
arbeiter wurde hervorgehoben, daß gegenwärtig in Berlin die
Arbeitszeit auf sechs Stunden eingeschränkt ist. Der Verdienst
ist auf 10 bis 15 M. gesunken. Die Verhältnisse werden sich
noch verschlechtern, weil die Fabrikanten dazu kommen, Arbeiter-
sperende Maschinen einzuführen. Da die mit der Hand ge-
arbeiteten Zigaretten angeblich einen höheren Wert repräsen-
tieren, so will man jetzt das Publikum in allen Fällen darauf
aufmerksam machen, wenn es statt Handarbeit Maschinenarbeit
erhält.

Folgen der Fahrkartensteuer. Dem Leipziger Tageblatt
wird geschrieben: Die im ganzen Reiche auf Widerspruch ge-
stosene Fahrkartensteuer hat im Herzen Thüringens einen
vollständigen Eisenbahnkrieg gezeitigt, der bereits seine
praktischen Wirkungen zu zeigen beginnt. Wie von zuhause
stille mitgeteilt wird, hat die Mindereinnahme aus
dem Personenverkehr im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt
in der ersten Hälfte des August dieses Jahres gegen den
gleichen Zeitraum des Vorjahres ungefähr mindestens das
Dreifache der erzielten Fahrkarteneinnahme be-
tragen, was nur auf die Behebung der niedrigen Wagen-
preisen zurückzuführen ist. Wie ein Thüringer Blatt meldet,
werden Fahrkarten 1. Klasse fast gar nicht mehr verlangt, und
der internationale Verkehr weist bedeutliche Lücken auf. Eine
der schwersten Folgen ist die, daß die Einzelstaaten die Fahr-
kartensteuer indirekt durch den Einnahmeausfall bezahlen. Und
den können die meisten thüringischen Staaten am wenigsten
vertragen.

Protest gegen die Zentrumsparade. Unsere Genossen
in Eisen haben anlässlich der Antikloster-Versammlung eine
Anzahl Protestversammlungen abzurufen. Die erste derselben
findet Freitag, den 24. d. Mts., in Essen-Mant statt. In der-
selben wird über das Thema „Ultranationalismus, die größte
Gefahr“ gesprochen werden.

Der Prozeß der Adwa-Beute in Kamerun ist, jedenfalls
zur großen Freude Jesu von Puttkamer wieder, auf den
ersten Termin festgesetzt. Wie die Tägliche Rundschau mitteilt,
ist die Unterredung gegen King Kana und Genossen noch
immer nicht zum Abschluß gelangt. Zwar seien die Zeugener-
klärungen in der Kolonie selbst beendet worden, jedoch sei die Vernehmung einer Reihe von Zeugen, die sich
zurzeit auf Urlaub in Deutschland befinden, notwendig ge-
worden, wozu die zuständigen Gerichte beauftragt worden seien.

Inzwischen sei nun der Oberrichter Hengel, in dessen Händen
das ganze Verfahren ruhte, in Kamerun gestorben, so daß
zunächst vom stellvertretenden Gouverneur ein neuer Richter
für die Weiterführung des Verfahrens habe berufen werden
müssen. Unter diesen Umständen sei der Abschluß der ganzen
Angelegenheit vor Ende Oktober nicht zu erwarten.

Man sieht, Jesu hat eigenartiges Glück. Auch die King
Adwa Affäre erleidet durch den unerwarteten Tod des stin-
gerigen Untersuchungsrichters eine ihm sicher nicht unangenehme
Unterbrechung.

Bei dieser Gelegenheit muß erwähnt werden, daß der in
Sachen der Gouven-Affäre und sonstiger Puttkamerer nach
Südwesterfeld entsandene Untersuchungsrichter ein Corps bruder
des Angeklagten ist!

Zusland.

Frankreich. Die Generalräte haben dieser Tage ihre
Sommeression eröffnet. Soweit jetzt bekannt, haben eine große
Anzahl derselben Stellung genommen zum Trennungsgesetz.
Die Generalräte der Marine, des Rhone-Departements, das
Savoie-Departement und der von Grenoble haben sich für strikte
Durchführung des Gesetzes ausgesprochen und Protest gegen
die päpstlichen Erklärungen eingelegt. Nur der Generalrat von
Angers (Maine-et-Loire) protestiert gegen die Anwendung des
Gesetzes.

Amerika. Kampf gegen das Gesetz zum Schutz
der Frauenarbeit. Die Kapitalisten in den Vereinigten
Staaten finden in ihrem Kampf gegen ungewohnte Arbeiter-
schutzgesetze sehr häufig die Unterstützung hoher Gerichtsbehör-
den zu wiederholten Malen ein Gesetz, die zum Schutze
der Arbeiterklasse im allgemeinen oder zu dem bestimmter
Schichten erlassen worden waren, deshalb für „unconstitutionell“
erklärt worden, weil sie nur für eine bestimmte Klasse gemacht
worden seien, es wären also Klassengesetze. Bisher hatten die
unteren Instanzen die Entscheidung hierüber stets den Appell-
gerichtsbehörden und schließlich dem Vereinigten Staaten-Obergericht
überlassen. Kürzlich hat aber ein unterer Gerichtshof eine solche
schwerwiegende Entscheidung getroffen. Im Staate New York
wurde im Jahre 1897 ein Gesetz angenommen, durch welches
die Fabrikarbeit von Frauen und Kindern während der Zeit
zwischen 9 Uhr abends und 6 Uhr morgens verboten wurde.
Um einen Verstoß auf das Gesetz zu vermeiden, hatte ein Druck-
druckbesteller gegen dieses Gesetz verfahren, er wurde verurteilt und
man mußte ihm den Prozeß. Der Generalanwalt verlangte
Bestrafung. Es ist zwar das Recht eines jeden Bürgers, Ar-
beiter zu beschäftigen; ein anderes Fundamentalgeseß aber ist,
daß durch die Ausübung dieses Rechtes keine andere Person
geschädigt werden dürfe. Frauen und Kinder würden aber ge-
schädigt, wenn man sie zur nächtlichen Arbeit zwingt. Der
öffentliche Wohlfahrt werde geschadet, indem man die Gesund-
heit der Mütter kommender Generationen gefährde. Die Legis-
latur sei also berechtigt gewesen, ein solches Schutzesetz zu er-
lassen. Man sollte meinen, gegen diese klare Auffassung ließe
sich nichts einwenden. Der Richter Dunsted aber sprach den
Angeklagten frei. Aus der Begründung seien folgende jenen-
förmigen Sätze angeführt: Als einziger Punkt habe der General-
anwalt nur den Schutz künftiger Arbeiter angeführt, aber da
beziehe er sich nur auf die Fabrikarbeiterinnen und nicht auf
alle Frauen, die dabein arbeiten müssen. Der Staat erwarte
nicht nur von den Fabrikarbeiterinnen Kinder, die später gute
Bürger werden sollen, und er (der Richter) könne nicht ein-
sehen, warum die Hausfrauen, die zulause beschäftigt sind oder
die weiblichen Angehörigen von Geschäftshäusern oder die Ge-
sellschaftsdamen, die überhaupt nicht arbeiten, nicht in diesem
Maße geschützt werden sollten. Und wo bleiben die Rechte der
Frauen, die überhaupt keine Kinder gebären? Hier liegt also
ein Stück Klassengesetz vor, eine unzulässige Verletzung der
Konstitutionellen und der individuellen Freiheit. — Gegen
dieses haarsträubende Urteil hat der Generalanwalt Berufung
eingelegt und will bis zur höchsten Instanz gehen.

— Rebellion auf Kuba. In den letzten Tagen haben
mehrere kleine Gefechte zwischen den Aufständischen und nord-
amerikanischen Regierungstruppen stattgefunden. In Habana
wurden 650 Personen verhaftet, darunter mehrere Polizei-
offiziere.

Bur Revolution in Russland.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie. In Moskau
wurden in den letzten Tagen an hundert Sozialdemo-
kraten verhaftet, denen umfangreiche Vorbereitungen zu
einer besonnenen Erhebung gegen das bestehende Regime
nachgewiesen werden konnte. Die ganze Organisation bestand
nur aus Arbeitern und war ohne gebildete Führer. Es klingt
doch sehr unwahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten sich ohne
weiteres ihre Papiere und sonstiges Material nehmen lassen.
Ein wenig anders wird die Geschichte wohl doch sein.

Polizeioffiziere als Revolutionäre. In Riga wurden
mehrere Gorodowoi (Polizeioffiziere) des ersten und zweiten
Bezirks aus dem Dienst entlassen, weil sie zur revolutionären
Partei gehören. Einer von ihnen hat Arbeiter, die auf einem
Meeting versammelt waren, telephonisch von dem Herrnahmen
von Militär benachrichtigt.

Zur Ermordung des Dumaabgeordneten Serzenstein.
Der Redakteur der Moskauer Zeitung, die die
Nachricht von Serzenstein's Ermordung schon einige Stunden
vor der Tat brachte, ist entlassen, ohne daß die Polizei
ihm daran hinderte! Es ist erwiesen, daß er in den ganzen
Plan der Mörder eingeweiht war und ihn unterstützte. Die
Unterredung bei einem Freunde des Redakteurs förderte
Material zutage, das ein breiteres Licht über die Verhältnisse
des Vereins zur aktiven Bekämpfung der Anarchie zweifelslos
erwies.

Genosse Michailitschenko nicht hingerichtet! Wie der
Iswadogi Wjez meldet, sind die Gerichte von der Hinrichtung
des früheren sozialdemokratischen Dumaabgeordneten Michailitschenko
völlig unbegründet. Auch die Meldungen von seiner
Verhaftung haben sich als unhaltbar erwiesen. Michailitschenko
befindet sich gegenwärtig in Jussowka (Gouv. Westsibirien), wo er
eine Genehmigung für Vorträge über die Tätigkeit der
Duma nachlieft.

Machinengewehre gegen das Volk. Der Russische
Armer meldet aus Petersburg: In den beteiligten russischen
Kreisen ruht es lebhaftes Verlangen herbor, daß seit dem
15. d. Mts. Unterbeamte der Petersburger Polizei auf dem
Königlichen Poligon Schießübungen mit Sachsis-Ma-
schinengewehren vornehmen, die vom Rittmeister Schulz
geleitet werden.

Weshalb erregt das Verbrechen? Trout man der russischen
Regierung etwa nicht, daß sie auf das Volk mit Maschinen-
gewehren schießen lassen will?

Ein Anwalt wurde auf den Wendarmenleibherr Graf
Steinbock-Borm in Warschau verurteilt. Er wurde durch Re-
demptorische Scher verurteilt.

Beachten Sie morgen die Ueber-raschungen auf dieser Seite!

Zur gewaltsamen Aneignung des Privatbesitzes fordert ein vom Bauernverband im ganzen Gouvernement Moskau verbreiteter Aufruf auf.

Zentral-Verband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

F. K. Düsseldorf, den 21. August.

Nach Eröffnung der Versammlung durch Schöndorff-Düsseldorf wird in die Erledigung eines Antrags des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirke der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt eingetreten, welcher eine direkte Beteiligung der organisierten Kräfte bei Festlegung der ortsüblichen Tageslöhne (§ 8 des Krankenversicherungsgesetzes) verlangt.

Der Antrag wird durch den Vorsitzenden Herrn Schöndorff in der Sache, die in manchen Gegenden bis auf 1 M. pro Tag für den erkrankten männlichen Arbeiter herabgehen. Das bedeutet eine große Schwächung der Arbeiter, denn die ortsüblichen Tageslöhne haben Einfluss auf das Krankengeld bei manchen Kräfte, auf die Unfallrenten, übergelassen Arbeiter, die Krankenversicherungsbeiträge für Versicherte, die einer Krankenfalle angehen usw. Ferner unterbreitet der Verammlung eine Resolution in diesem Sinne.

Der Antrag findet den Antrag für sehr gut gemeint, hält ihn aber für unzulänglich. Er solle vor allen Dingen die Gemeinden angereizt werden, die keine organisierten Kräfte besitzen. Sodann lasse er sich nur bei der Beteiligung der Kräfte. Das würde näher ausgearbeitet werden. Ferner begründet er sodann in längeren Ausführungen einen Antrag, nach welchem die Festlegung der ortsüblichen Tageslöhne auf die Ergebnisse von Kontrollstatistiken zu gründen ist, die von den organisierten Kräfte aufzunehmen sind. Es sollen für Gemeinden keine Mittel oder größeren Berufsgruppen organisierte Kräfte nicht vorhanden sind, sind solche Statistiken von den Gemeinden unter Einwirkung von Kommisionen aufzunehmen, die zu zwei Dritteln aus Vertretern und einem Drittel Arbeitgebern bestehen und unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen über die Wahl von Generalversammlungsmitgliedern gewählt werden. Nachdem noch ein Herr Redner zu der Sache gesprochen, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand ist die Frage über den Antrag der Ortskrankenkassen Berlins ist ein Antrag eingebracht. Nach diesem erachten die Ortskrankenkassen eine Änderung der für den ärztlichen Dienst erstellten Bestimmungen der Gewerbeordnung für geboten, da die Kranken es sich zur Gewöhnung ärztlicher Hilfeleistung gewöhnen und somit den Ärzten gegenüber wehrlos gemacht sind. Der Antrag, der den Ortskrankenkassen die Gewährung der Leistungen durch den Arzt, wenn auch teilweise für die Möglichkeit ihrer Erfüllung haben, wird durch den Vorsitzenden Herrn Schöndorff in der Sache, die in manchen Gegenden bis auf 1 M. pro Tag für den erkrankten männlichen Arbeiter herabgehen. Das bedeutet eine große Schwächung der Arbeiter, denn die ortsüblichen Tageslöhne haben Einfluss auf das Krankengeld bei manchen Kräfte, auf die Unfallrenten, übergelassen Arbeiter, die Krankenversicherungsbeiträge für Versicherte, die einer Krankenfalle angehen usw. Ferner unterbreitet der Verammlung eine Resolution in diesem Sinne.

Der Antrag findet den Antrag für sehr gut gemeint, hält ihn aber für unzulänglich. Er solle vor allen Dingen die Gemeinden angereizt werden, die keine organisierten Kräfte besitzen. Sodann lasse er sich nur bei der Beteiligung der Kräfte. Das würde näher ausgearbeitet werden. Ferner begründet er sodann in längeren Ausführungen einen Antrag, nach welchem die Festlegung der ortsüblichen Tageslöhne auf die Ergebnisse von Kontrollstatistiken zu gründen ist, die von den organisierten Kräfte aufzunehmen sind. Es sollen für Gemeinden keine Mittel oder größeren Berufsgruppen organisierte Kräfte nicht vorhanden sind, sind solche Statistiken von den Gemeinden unter Einwirkung von Kommisionen aufzunehmen, die zu zwei Dritteln aus Vertretern und einem Drittel Arbeitgebern bestehen und unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen über die Wahl von Generalversammlungsmitgliedern gewählt werden. Nachdem noch ein Herr Redner zu der Sache gesprochen, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand ist die Frage über den Antrag der Ortskrankenkassen Berlins ist ein Antrag eingebracht. Nach diesem erachten die Ortskrankenkassen eine Änderung der für den ärztlichen Dienst erstellten Bestimmungen der Gewerbeordnung für geboten, da die Kranken es sich zur Gewöhnung ärztlicher Hilfeleistung gewöhnen und somit den Ärzten gegenüber wehrlos gemacht sind. Der Antrag, der den Ortskrankenkassen die Gewährung der Leistungen durch den Arzt, wenn auch teilweise für die Möglichkeit ihrer Erfüllung haben, wird durch den Vorsitzenden Herrn Schöndorff in der Sache, die in manchen Gegenden bis auf 1 M. pro Tag für den erkrankten männlichen Arbeiter herabgehen. Das bedeutet eine große Schwächung der Arbeiter, denn die ortsüblichen Tageslöhne haben Einfluss auf das Krankengeld bei manchen Kräfte, auf die Unfallrenten, übergelassen Arbeiter, die Krankenversicherungsbeiträge für Versicherte, die einer Krankenfalle angehen usw. Ferner unterbreitet der Verammlung eine Resolution in diesem Sinne.

Der Antrag findet den Antrag für sehr gut gemeint, hält ihn aber für unzulänglich. Er solle vor allen Dingen die Gemeinden angereizt werden, die keine organisierten Kräfte besitzen. Sodann lasse er sich nur bei der Beteiligung der Kräfte. Das würde näher ausgearbeitet werden. Ferner begründet er sodann in längeren Ausführungen einen Antrag, nach welchem die Festlegung der ortsüblichen Tageslöhne auf die Ergebnisse von Kontrollstatistiken zu gründen ist, die von den organisierten Kräfte aufzunehmen sind. Es sollen für Gemeinden keine Mittel oder größeren Berufsgruppen organisierte Kräfte nicht vorhanden sind, sind solche Statistiken von den Gemeinden unter Einwirkung von Kommisionen aufzunehmen, die zu zwei Dritteln aus Vertretern und einem Drittel Arbeitgebern bestehen und unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen über die Wahl von Generalversammlungsmitgliedern gewählt werden. Nachdem noch ein Herr Redner zu der Sache gesprochen, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand ist die Frage über den Antrag der Ortskrankenkassen Berlins ist ein Antrag eingebracht. Nach diesem erachten die Ortskrankenkassen eine Änderung der für den ärztlichen Dienst erstellten Bestimmungen der Gewerbeordnung für geboten, da die Kranken es sich zur Gewöhnung ärztlicher Hilfeleistung gewöhnen und somit den Ärzten gegenüber wehrlos gemacht sind. Der Antrag, der den Ortskrankenkassen die Gewährung der Leistungen durch den Arzt, wenn auch teilweise für die Möglichkeit ihrer Erfüllung haben, wird durch den Vorsitzenden Herrn Schöndorff in der Sache, die in manchen Gegenden bis auf 1 M. pro Tag für den erkrankten männlichen Arbeiter herabgehen. Das bedeutet eine große Schwächung der Arbeiter, denn die ortsüblichen Tageslöhne haben Einfluss auf das Krankengeld bei manchen Kräfte, auf die Unfallrenten, übergelassen Arbeiter, die Krankenversicherungsbeiträge für Versicherte, die einer Krankenfalle angehen usw. Ferner unterbreitet der Verammlung eine Resolution in diesem Sinne.

Im Namen der geschäftsführenden Kasse legte nochmals Fräulein B. ihren Antrag vor. Sie habe selber das Bestreben gehabt, zu zeigen, daß die Kassen nicht „Einseitig“ für Sozialdemokraten stehen wolle, und daher auf normale Gehälter gedrungen habe. Die Kassen sollten nach der Einigung alles daran setzen, die Abmachungen durchzuführen. Von der Beamtensanction müsse daher erwartet werden, daß sie nicht verweigere und Angestellte, wie sie in der Zeit vorgekommen sind, im Reich ein. Der Eingang der Beamten mit den Vorständen werde den Feinden der Selbstverwaltung sein, daß kein Grund zur Beschränkung der jetzigen Kassenrechte vorliegt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, da die Kassen die Bestrebungen nicht anerkennen können, bei denen der Vertrag ist.

ment mit beliebiger Kündigung nicht mehr haltbar, sondern stets mindestens einmonatige Kündigung freigegeben ist. Es kann ein Vergleich anstehen. Die Beklagte erklärte sich zur Zahlung von 3000 M. bereit, was gegen Klager auf weitere Ansprüche, die er ursprünglich noch hatte geltend machen wollte, verfiel.

Zu einem Vergleich kam es auch in der Sache des Versicherungsbeamten Mühlberg gegen die hiesige Generalagentur der Sachener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft. Klager forderte von der Beklagten Zahlung von Provisionen rückständig in Höhe von 60 M. Die beiden Vertreter der beklagten Gesellschaft beaupteten dagegen, er habe nach Abrechnung ihrer Gegenforderungen nur noch 7 Pfennige herauszubekommen. Zwischenfall in dem ziemlich langwierigen und umständlichen Rechtsstreit war die Entscheidung, daß der Agent für solche Fälle, in denen die Generalagentur gegen zweifelhaftes Versicherungs-Randbrot Klage geworden war, sich hatte verpflichten müssen, bei Erfolglosigkeit des gerichtlichen Vorgehens die Gerichtskosten zu tragen. Der Vorsitzende fand eine derartige Verpflichtung etwas laubhaft. Da muß ja der Sachbündel nicht schlechthin die Prozesskosten seiner Firma tragen. — Sie geben den Namen her, und er zahl'!

Die Vertreter der Beklagten entgegneten, daß gerichtliches Vorgehen habe ja in allererster Linie im Interesse der Agenten gelegen; ansonsten würde die Generalagentur bereit zweifelhaftes Versicherungs-Randbrot als acta gestet, der Agent müßte von ihnen keine Provision zu erwarten gehabt haben. Auch sei Klager vorher stets ausdrücklich gefragt worden, ob er gerichtliche Schritte wünschte und für ausfallsvoll halte. Klager selbst verweigerte dagegen, seine Einwilligung zum Prozessieren oder gar zum Ertragen der Prozesskosten freiwillig zu geben. Er habe vielmehr lediglich dem Druck nachgegeben, weil ihm immerzu vorgehalten worden sei: Was soll das nur sein mit Ihren Verdrängen? und ähnliche Vorwürfe mehr. Das Rechnungsblatt es, ab, daß auf das Konto der Agenten nicht weniger als 9991 M. Gerichtskosten zu zahlen werden sind. Davon hat er bisher 40 Mark abgezahlt. Ein Beklagter bemerkte darauf: Da also der Agent so ziemlich die Hälfte der Kosten getragen habe, so sei es wohl kein unbilliges Verlangen, wenn nun die Gesellschaft die andere Hälfte übernehme. Die Herren Vertreter der Beklagten möchten daher ein Einsehen haben und sich mit dem Klager zu vergleichen suchen. Anlässlich dieser Vorlesungen verhandelte die Vertreter der beklagten Versicherungs-Gesellschaft sich endlich zu einem Vergleich, der dem Klager 25 der von ihm eingeklagte Summe, also 40 Mark zugunsten.

Unberechtigte Entlassung. Die Verkäuferin G. Günter klagte gegen die Butter- und Delikatessenhandlung Siegler auf Zahlung von 30 M. Gehalt für den Monat Juni und auf Rückzahlung ihres als Kautions hinterlegten Sparfahrscheines über die Summe von 300 M. Klagerin war weiterhin eine Filiale der beklagten Handlung. Sie erkrankte am 13. Juni und wurde daraufhin am 30. Juni entlassen. Der Chef der Firma hielt sich zu dieser Entlassung berechtigt, weil ihm der die Erkrankte behandelnde Arzt aufgetragen mitgeteilt hatte, ein Ende der Krankheit, eines Magenkatarrhs, sei vorläufig nicht abzusehen. Er habe doch nicht auf Ungewisse hin eine krankte Geschäftsführerin behalten können. Das Gericht erteilte ihm den Bescheid, daß eine derartige Krankheit mit ungewissem Ausgang wohl ein triftiger Grund zur Kündigung, aber nicht zur sofortigen Entlassung sei.

Die 63 des Handels-Gesetzbuches dürfen Handlungsgehilfen, denen unbeschadet ein Unfall oder eine Krankheit zugefallen ist, nicht sofort entlassen, sondern müßten im Gemüthe ihres Gehaltes noch weiterhin belassen werden, allerdings nicht über die Dauer von sechs Wochen hinaus. Da nun diese Geschäftsgehilfin für die Klagerin erst am 25. Juli abgelaufen sei, so habe die Beklagte die Verpflichtung, ihr noch bis zum Ende des Monats, also 41.70 M. statt der eingeklagten 30 M., von denen 30 M. für den Rest des Juli in Abzug zu bringen seien. Zur Einbehaltung des Sparfahrscheines der Klagerin glaubte der Chef der beklagten Firma deshalb ein Recht zu haben, weil sich bei einer Abwesenheit ein Defizit von 30 M. herausgestellt hätte. Dieses Defizit war bereits in einer früheren Klage der Filialleiterin gegen die Firma zur Sprache gebracht worden, wie wir im Juli berichteten. Schon damals wurde die Firma mit ihren Anträgen auf Schadloshaltung abgewiesen. Auch heute vermehrte ihr Vertreter der Forderung des Gerichtes, das Defizit zu legalisieren und betreffs des Restes ein Verdict zu beantragen, einen Nachkommen, nicht nachzukommen. Infolgedessen wurde die beklagte Firma angewiesen, der Klagerin das eingehaltene Sparfahrscheinen zurückzugeben, da sie den erforderlichen Beweis für die Schuld der Klagerin an dem Defizit heute so wenig wie früher erbracht habe.

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

Parteiangehörigen! Laut Beschluß des Zentralvorstandes findet unter diesjähriger Kreisstag am Sonntag, den 26. August, vormittags Punkt 11 Uhr, im Gesellschaftshaus des Herrn Beck in Annaburg statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Vorsitzenden und des Hauptkassierers.
2. Agitation und Organisation. Referent: Genosse Hermann Heißner.
3. Die Presse.
4. Der Parteitag zu Mannheim. Referent: Bezirkssekretär Genosse R. Dreßler-Halle.
5. Der Kreisstag.
6. Wahl des 1. Vorsitzenden und des Hauptkassierers.
7. Anträge.

Parteiangehörigen! Sorge ein jeder für pünktliches Eintreffen, damit der Kreisstag pünktlich eröffnet werden kann. Jeder Delegierte hat sich durch ein Mandat auszuweisen. Mandatsformulare sind im Laufe dieser Woche den örtlichen Vertrauensleuten zugestellt worden.

Mühlberg, den 22. August 1906.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Zentralvorstand
J. A. Ernst Winkler, 2. Vorsitzender,
Lößnitzgasse 16b.

Verantwortlicher Redakteur: W. Thiele in Halle.

Beachten Sie morgen die Ueber-raschungen auf dieser Seite!



Caramel-Malz-Bier

von Heinrich Müller's Wwe., Schwemme-Brauerei.

Aerztlich empfohlen! — Fast alkoholfrei!

Nur echt, wenn jede Etikette nebenstehende Schutzmarke — „Pelikan mit Jungen“ — trägt.

Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Erhältlich in fast allen Restaurants, Flaschenbier- und Viktualien-Handlungen.

Spezialhaus M. BÄR.

Unstreitig billigste Bezugsquelle.

Ia. Qualitäten.

Berl. Bolzenplatten 1.95	Einmachegläser 4 Pf.
Glühstoffplatten 2.85	Geleegläser 6 Pf.
Spiritusplatten 5.75	Einmachetöpfe 14 Pf.
Bügeleisen 85 und 65 Pf.	Spirituskocher 28 Pf.
Gasglocken, groß 26 Pf.	Fliegenfallen 12 Pf.
Gurkenhobel 10 Pf.	Filengklatschen 25 Pf.

Frische Weintrauben 25 Pf.	Ia. Pflaumen 8 Pf.
in Kisten 3 Pfund	lange 3 Pfund

Sozialdemokr. Verein Weissentfels.

Sonabend den 25. August abends 8 1/2 Uhr im Rest. Zentralkasse

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Freitag
 2. Fortsetzung der Diskussion über den politischen Massenstreik.
 3. Verschiedenes.
- Gäste, auch Frauen haben Zutritt. Der Vorstand.

Metallarbeiter-Verband.

Former, Kernmacher u. Giessereiarbeiter.

Freitag den 24. August abends 8 1/2 Uhr im „Konertshaus“

Versammlung.

Tagesordnung: Die Vorkommnisse der letzten Zeit in den hiesigen Giessereien.

Zahlreichem Besuch steht entgegen Die Verbandsleitung.

Schmiedeberg.

Sonntag den 26. August früh 7 Uhr

Volksblatt-Agitation

in Schmiedeberg und Grosswig.

Genossen, überlaßt die Arbeit nicht dem Einzelnen. Die Zeitungs-Kommission.

Achtung! Schmiede u. Kesselschmiede, Zeit.

Sonntag den 26. August vormittags 10 1/2 Uhr im Restaurant zur Aue, Weihenstepfstraße

öffentliche Versammlung

Tagesordnung: Die wahren Ursachen des Streiks in der Eisengießerei. Referent: O. Peter.

Zahlreiche Beteiligung wünscht Die Ortsverwaltung.

Gasthof zu Luckenau.

Sonntag den 26. August er. nachmittags 3 Uhr findet im Gasthof des Herrn Herzog ein

Gesangs-Kommers

ausgeführt von ca. 14 Vereinen des Osterreichischen Arbeiter-Sängerbundes (Bezirk Zeit.) statt. Zu diesem Kommers, an welchem sich ein BALL anschließt, laden wir Freunde und Gönner sowie alle sich für Gelang Interessierende ergebenst ein.

Herzog, Gastwirt. Der Vorstand d. Osterreich. Sängerbundes im Bez. Zeit.

Verband d. Handels- u. Transportarbeiter.

Zahlstelle Zeit.

Zu unserem am Sonntag, den 26. August in der Wilhelmshöhe stattfindenden

Ball

laden wir alle Kollegen und Genossen freundlichst ein.

Die Ortsverwaltung.

Anfang 4 Uhr. — Ende 12 Uhr.

Leiterwagen.

grosse und kleine, bis 6 Zentner Tragkraft, empfiehlt in grosser Anzahl billigst

Moritzkirchhof 10, Stellmachersrl.

Konsumverein Halle-Giebichenstein u. Umg.

In unseren Verkaufsstellen: Eichendorffstr. 24, Gabelsbergerstr. 9, Steinweg 2, Glauchaerstr. 40, Dölauerstr. 5 und Schlettan ist von heute ab zu erhalten:

Neuer Delikatess-Sauerkohl à Pfd. 7 Pfg.

Selterwasser à Flasche 6 Pfg., Blondes à Flasche 8 Pfg.

Fleisch eintreffend Freitag nachmittag:

Geräucherte Schellfische à Pfd. nur 25 Pfg.

ff. Bücklinge. — Geräucherte Aale.

Der Vorstand.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Pöller.

Geleitet des Metropol-Theaters.

Direktion: Max Samst.

Beispielloser Erfolg

der Sensations-Komödie:

Zimmermanns Lene.

Berliner Sittenbild in 5 Akten von E. Melzer.

Zimmermann: Dir. Max Samst.

Nordsee-Halle.

In blutreicher Qualität empfehlen wir



Helgol. Schellfisch Ia. groß 35 Pf.

Helgol. Schellfisch Ia. Port. 30 Pf.

Bratschellfisch Pfd. 18 Pf.

Kabeljau ohne Kopf Pfd. 25 Pf.

Seelachs ohne Kopf Pfd. 25 Pf.

Seehecht ohne Kopf Pfd. 50 Pf.

Fisch-Karbonaden Pfd. 30 Pf.

Amsterdamsche-Karbonade Pfd. 30 Pf.

Steinbutt Ia. 8-6-pfd. Pfd. 125 Pf.

Steinbutt Ia. bis 2-pfd. Pfd. 110 Pf.

Rotzungen Ia. große Pfd. 75 Pf.

Schollen Ia. mittelgroße Pfd. 40 Pf.

Bratschollen Pfd. 25 Pf.

Zander Ia. Qualität Pfd. 80 Pf.

Lebende Suppen- und Tafel-Krebst.

Feinste Riefer Caviars in allen Größen, täglich frisch.

Große Auswahl in feinsten, frischen Räucherwaren u. Fischkonserven.

Nordsee-Halle

Deutschen Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee.“

Gr. Ulrichstrasse 58.

Telephon Nr. 1275.

Mittel gegen Wanzen-Infektur

Wanzen und deren Brut allein echt bei

Max Räder,

Rannischestr. 5.

Süssmilch's Walhalla-Theater,

Gr. Steinstrasse 45.

Spezialitäten-Vorstellung.

Neu! Eröffnung Neu!

am 1. September 1906.

Beesenlaublingen. Athleten-Klub Gut Kraft.

Sonntag den 26. August abends 8 Uhr im Gasthof zur Linde

Tanz-Kränzchen.

Freunde und Gönner sind hiermit eingeladen. Der Vorstand.

Zangenberg. Zangenberg.

Zu dem am Sonntag, den 26. August er. stattfindenden

festlich in der Kasse u. Ball

am Montag, den 27. August

findenden Kränzchen des Turnvereins Turner-

bund Zangenberg, anläß-

lich der Turnfahrt der „Turnvereinigung der Elsteraue“, warte mit Speisen und Getränken bestens auf.

A. Reinschardt.

Kayna. Soziald. Verein.

Sonabend den 25. August abends 8 1/2 Uhr im Weissen Fisch

Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Gen. Gerhard-Zeit über: „Die politische Lage“.

Alle Genossen sollen bestimmt kommen. Gäste und Frauen haben Zutritt.

Der Vorstand.

„Blauer Stern“, Zheizen. Kränzchen

Sonntag den 26. August

Empfehle Speisen und Getränke in bekannter Güte. Emil Bötcher

Rämpfes Restaurant, Zeit. Frei-Tanz.

Sonntag den 26. August von abends 6 Uhr an

Es ladet freundlichst ein Konrad Kämpfe.

Gelegenheitskauf.

Großer Resten Herren-Anzüge in jedem annehmbaren Preise zu verkaufen. Otto Töpfer, Galle a. S., Markt, Roter Turm, 1. Et.

Rossfleisch.

Diese Woche prima fettes Ware. Alles andere wie bekannt. Nur bei

Max Nitzsche,

Hofschlacherei m. elektr. Betrieb, Kl. Ulrichstr. 29.

Wir suchen sofort eine Anzahl Hausarbeiterinnen

auf Fäher, Guirlanden, Samendichtern und Glöden.

Reibwan u. Flanor, Geilstr. 22.

Western nachmittag 4 1/2 Uhr entschäftet samt nach jahrelangem Leiden unter lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Verstorbenen Friedrich Sorgenfrei im Alter von 68 Jahren.

Die Beerdigung findet Sonntag vormittags 12 Uhr von der Leichenhalle des Giebichensteiner Friedhofes aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Seute vormittag starb nach kurzem, schwerem Leiden unser kleiner, guter Sohn

Felix

Dies zeigen tiefbetrübt an

Paul Weidauer und Frau.

Stadtsamtlie Nachrichten.

Galle Süd, Steinweg 2, 22. August.

Angehoben: Kellerer Thier und Olga Davidoff (Barfische 14 und Königstraße 4), Mechaniker Ritter u. Hedwig Hornschuch (Galle a. S. und Großbars), Bädermeister Sellmer und Anna Seile (Wenigenjena und Jena), Bureaugehilfe Schöber und Ida Weng (Galle und Wödring), Maurer Schulze und Berta Schulze (Weißig-Schleußig).

Schließung: Schneider Kimpf

und Johann Braun (Gallorstr. 1). Geboren: Kaufmann Delgarin E. (Königsstraße 9), Müller Gerlich E. (Höbenauerstraße 158), Kaufmann Wittschotte L. (Devinstr. 9), Stellmacher Bunge S. (Vangelstraße 29), Holzer Wagner E. (Schmidstr. 7), Bureauassistent Böhner S. (Wedelstraße 16).

Gestorben: Badereier Gönne S.

2 Mon. (Dieselstraße 14), Rentner Gähler, 61 J. (Klinitz), Nachbaderer Schöbe, 59 J. (Klinitz), Buchhalter Schröder S. 1 Et. (Klinitz), Werkh. Schneider Schumann T. 1 P. (Kleine Ulrichstraße 9).

Galle (Nord, Burgstr. 88), 22. August.

Geboren: Werkmeister Zaubert S. (Schillerstraße 48), Rentner Frauen-

dorf E. (Große Wallstraße 8), Arbeiter Sauer L. (Vrothauerstraße 48), Kaufmann Galle S. (Friedrichstr. 16).

Gestorben: Arbeiter Petrich S.

23 J. (Ulrichstraße 24), Kreisrichter Krupp, 10 J. (Salzwerderstraße 9), Schuhmacher Rogg L. 5 Mon. (Große Wallstraße 8), Rentner Oberländer aus Werblitz, 71 J. (Merzenklintz).

Brandes haben ergeben, daß das bei Herrn Voss im Dienst befindliche Mädchen, Marie Sophie, bringend verächtlich erscheint, das Feuer vorzüglich angelegt zu haben. Dem zufolge wurde sie verhaftet und nach dem Gerichtsgefängnis in Halle überführt.

Beide Arme gebrochen. Auf dem Wälder-Kalkwerk führte der Arbeiter H. Schmidt eine vier Meter hoch herab und brach sich dabei beide Arme. Er wurde dem Krankenhaus Bergmannstraße in Halle zugeführt.

Annaberg, 23. August. (Hg. Ver.) Der Freitag des Wahlkreises Leipzig-Niederwiesenthal findet nächsten Sonntag, vormittags 11 Uhr, hier im Lokal des Herrn V. G. statt. Es ist das erste Mal, daß der Freitag hier tagt. Er verdrängt noch interessanter als seine Vorgänger zu werden, da die Osnosser Fleischer und Dreher Vereinate halten werden. Sämtliche Parteigenossen werden ersucht, sich am Freitag zu beteiligen; jeder hat Zutritt.

Waldau, 20. August. (G. R.) Wo sind die Gefesbeschränkungen? Am Sonntag in aller Frühe hat der Bergat der Waldauer Berken einen erneuten Besuch abgehalten und wieder alles beim Alten gefunden. Ueber lauchten die Osen noch nach 6 Uhr. Mit denkbar größter Gründlichkeit ist der Beamte wieder vorgegangen, seinen Anordnungen vom vorigen Sonntag ist nicht Folge geleistet worden, er ließ die Arbeiter an den ersten Vorhaltungen nicht fehlen. Sämtlich kommt das die Erde noch nach. Wir müssen anerkennen, daß der Beamte dem Unternehmern ganz gehörig zu Liebe gegangen ist. Bald seit einem Jahre haben wir in allen öffentlichen Versammlungen immer und immer wieder auf die offenbaren Ungerechtigkeiten hingewiesen. Der überaus hohe Gehalt des Herrn Voss ist Pflicht zu überlegen, daß er allen seiner Ansicht nach von uns in den Versammlungen etwa beleidigten Privatpersonen in die Wohnung nachgegangen ist, um sie zur Stellung eines Strafantrages zu veranlassen, hat sich nicht ein einziges Mal dazu verstehen können, Einlage bei der Aufsichtsbekörde zu erstatten. Der überaus hohe Gehalt des Herrn Voss ist Pflicht zu überlegen, daß er allen seiner Ansicht nach von uns in den Versammlungen etwa beleidigten Privatpersonen in die Wohnung nachgegangen ist, um sie zur Stellung eines Strafantrages zu veranlassen, hat sich nicht ein einziges Mal dazu verstehen können, Einlage bei der Aufsichtsbekörde zu erstatten.

Die Arbeiterkammer erkennt aber den Nutzen der Presse und Gewerkschaft dankbar an; durch sie wird ihnen der Schutz zu teil.

Waldau, 23. August. (Hg. Ver.) Eingebrochen am hellen Licht der Tage, wurde bei der Rektorswitwen Witwe Verstehe hier. Geräumt wurden mehrere Geldbeträge, Uhrketten u. s. w. Der Einbruch geschah als sämtliche Klassen auf dem Felde bei der Arbeit waren. Der Verdacht lenkt auf einen jungen Mann, welcher sich als Fleischer ausgab und bei der Nachbarschaft nachfragte, ob von den Weuten niemand zu Hause sei. Der Einbrecher muß mit großem Raffinement zu Werke gegangen sein, denn er ist von einer belebten Straße aus direkt zum Kammerfeiler eingedrungen.

Schneidberg, 23. August. (Hg. Ver.) Saalambj - Ballspiel. Der Saalambj soll hier am 1. Oktober wieder neu aufgenommen werden, um endlich einmal ein Lokal für Versammlungen zu erringen. Da in diesem Kampfe die Arbeiterkammer allein vom Volkssitz unterliegt, ist es notwendig, daß der Verein einmündig und einig wird. Es wird daher erwartet, daß sich recht viele Parteigenossen an dem am nächsten Sonntag, den 26. August, stattfindenden Volksballotage beteiligen.

Eingekerkertes Verfahren. Die Schneiderin Marie Koch war kürzlich unter dem Verdachte des Kindesmordes in Haft genommen, aber nach einigem Verbleib in Lege wieder entlassen worden. Wie mitgeteilt wird, ist dem Antrage der Staatsanwaltschaft entsprechend gerichtslässig beschloffen worden, das Hauptverfahren nicht zu eröffnen und die Angeklagte außer Verfolgung zu setzen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Jugendlicher Selbstmörder. Der zwölfjährige Sohn des Radwäglers W. in Ogeln hat auf dem Boden an einer Kante sich durch Erhängen das Leben genommen. Die Kante war gebrochen und so fand man ihn tot auf den Dielen liegen. Wie man hört, soll der Knabe aus Furcht vor Strafe in den Tod gegangen sein.

Ersturteil, 22. August. Gefängnis für Kinder. Die Strafammer verurteilte den 14 Jahre alten Sömlebelehrling Eder, der das Anzeigen seines Meisters in Mühlberg bei Erfurt in Brand gesetzt hatte, weil es ihm in der Lehre nicht mehr gefiel, zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis. — Die Erfurter Strafammer hat neuerdings schon gegen mehrere Kinder erprobte Gefängnisstrafen verhängt.

Parteinachrichten. Die zu der Kündigung des Genossen Albert geführt hatten, sind in der Weise erledigt, daß die Brechtungskommission die Kündigung des Genossen Albert zurücknimmt, daß aber Albert sich um den Posten des neu zu schaffenden Parteisekretärs für den Wahlbezirk Schöneberg bemüht und damit mit dem 1. Oktober aus der Redaktion der Volksmacht ausscheiden muß.

Die Parteifreundschaft wurde auch in Frankfurt am Main gelegentlich der Untage zum Parteitag berührt. Genosse Dittmann sagte u. a., davon, daß der Parteivorstand bei den Verhandlungen mit der Generalkommission den Jener Standpunkt verlassen habe, könne gar keine Rede sein. Eine der wesentlichen Ursachen für die Differenzen zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Führern sehe er in der aus den Verhältnissen herausgewachsenen Spezial-

sierung der Arbeitsgebiete in der Arbeiterbewegung. Diese führe zur Einseitigkeit. Man müsse für die Führer- und für die Arbeiter fordern: Entlastung von der Berufsarbeit und mehr Zeit für die Milieueinbildung.

Schließlich wurden folgende Anträge angenommen: Der Parteivorstand wird beauftragt, bei besonderen Aktionen und zur Verbindung über innere Organisationsrichtungen die Leiter resp. Geschäftsleiter der Bezirks- und Landesorganisationen und je nach Bedarf auch weitere Kreise der Parteifunktionäre zu gemeinsamen Konferenzen zusammenzubringen. Als nächste Aufgaben in organisatorischer Hinsicht betrachtet der Parteitag u. a. die Schaffung einheitlicher Parteilegitimationen für das ganze Reich und einheitlicher Perioden für die Parteipublikation und Organisationsberichterstattung. — Der Parteivorstand ist um mehrere Mitglieder zu verkleinern. Dabei ist der Frage nach zu treten, ob durch eine Personalumkehr oder auf anderem Wege eine ständige enge Verbindung des Parteivorstandes mit der General-Kommission der Gewerkschaften herbeizuführen ist.

— Eine Zentralkasse für Referentenbermittlung hat der Sozialdemokratische Verein in Bremen errichtet. Die Entschädigung der Referenten wurde auf 3.— M. festgesetzt, welcher Betrag bei der Anmeldung bei der Zentralkasse zu hinterlegen ist.

— Genosse Kühn hat seine Tätigkeit als leitender Redakteur der Württembergischen Volksstimme in Forst aufgenommen.

Gewerkschaftliches.

Im Bekleidungsgebiete macht sich die neue Saison umgewöhlich früh bemerkbar; der Eingang von Aufträgen ist so umfangreich, daß man glaubt, die Lohnbewegung würde stark belebt werden. Der Durchschnittslohn hat sich zwar von 74 M. im Jahre 1901 auf 182 M. im Jahre 1905 oder um 5 Prozent gehoben; inessen ist der Verdienst doch erheblich geringer als in den meisten anderen Gewerben.

Einigung der Berliner Glaser. Eine Versammlung der Glasergehilfen erklärte sich mit dem vor dem Gewerbegericht getroffenen Abkommen nachträglich einverstanden und beauftragte den Vorstand, den Tarifvertrag auf dem Gewerbegericht abzuschließen. Die Arbeit soll Freitag wieder aufgenommen werden.

Achtung, Holzarbeiter. In Schönheide haben 1200 Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes, die in der Württembergischen Fabrikation beschäftigt sind, wegen Lohnbifferenzen ihre Kündigung eingereicht.

Bergarbeiter. Die 300 am Louage auf dem Rombacher Hütenwert beschäftigten Arbeiter traten in den Ausstand, weil die Direktion sich nicht auf Verhandlungen einlassen will. — Der Ausstand der Grubenarbeiter im Wilbaurer Bezirk nimmt großen Umfang an. Der Generalstreik sämtlicher Bergarbeiter soll Donnerstag beginnen.

Fabrikarbeiter. Der Streik in den Holzmannschen Werken zu Hainstadt ist noch in letzter Stunde beigelegt. Die Firma willigte in eine Lohnverhöhung ein, und zwar um durchschnittlich drei bis vier Prozent pro Stunde mehr. — Die ersten Blumentagswerke in Gießen sind im Stillstand am 21. August den Betrieb, weil eine Einigung zwischen der Direktion und den streikenden Arbeitern nicht zu erzielen war.

Baugewerbe. Eröse Erfahrungen scheinen die Bau-gewaltigen mit den italienischen Streikbrecheragenten zu machen. Der Deutsche Arbeiterverband für das Baugewerbe teilt den Verbänden „ergebnis“ mit, daß sich der italienische Maurerproletariat Danke Pughast in diesem Jahre wiederholt seinen vertraglichen Verpflichtungen bezüglich Einstellung von Arbeitern entzogen und unberechtigte Ansprüche erhoben hat. Des weiteren warnt der Verband in Braunschweig vor dem Polier F. J. Palla in Mische bei Prag in Böhmen, weil dieser wohl Gelder zur Beschaffung fremder Arbeiter entgegengenommen hat, aber keine Leute befohrt und sich schließlich aus seinem Wohnort unauffindbar entfernt hat.

In Frankfurt a. M. ist der Streik der Bauhilfsarbeiter, dem sich die Maurer angeschlossen hatten, nach zwölf Wochen beendet worden. Zwei Baumeister haben den erlöbsten Stundenlohn bewilligt. Ueber das dritte Baugewerbe bleibt die Sperre verhängt.

Textilarbeiter. Der drohende neue Textilarbeiterstreik in Glauchau und Weerane scheint glücklicherweise abgewendet worden zu sein. Zwei Versammlungen befaßten sich mit den von den Fabrikanten ausgetragenen Lohnaufbesserungen und erklärten sich in einer Resolution bereit, diese vorläufig anzunehmen. Die von den Arbeitgeberern ausgetragenen Lohnaufbesserungen betragen sich auf die Höhe des Buntwaretarifs und betragen teilweise bis zu 15 Prozent. Der neue Lohnsatz wird am 1. September in Kraft treten.

Da in Neumünster die Fabrikanten sämtliche Etablissemments schließen wollten, beschloß die Textilarbeiter-Versammlung, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Die Wirkungen der Zigarettensteuer treten schon zu Tage. In einer Berliner Versammlung wurde festgestellt, daß infolge der Steuer und der Einführung der billigen Maschinenarbeit in Dresden bereits 1500 Arbeiterinnen völlig brautlos seien. In Berlin konnte die Einführung der Maschine bisher noch verhindert werden, doch wird mit wachsender Verkürzung Zeit gearbeitet werden.

Ueber die Dresdener Zigaretten-Produkt-Gesellschaft, die der Tabakarbeiter-Verband nach dem vorjährigen großen Ausstande gründete, wurde der Konkurs eröffnet.

Aus dem Reich.

Kassel. Selbstmord verübte im Walde bei Dörnhausen der Schreinermeister Jakob aus Wellingen durch Erhängen. Er hatte vor kurzem seine Ehefrau durch Schläge mit einem Hammer betäubt und sie dann mit einem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten.

Berlin. Ein Cholerafall? Unter Choleraverdächtigen Ercheinungen ist die acht Jahre alte Tochter des Zimmermanns Weimann aus der Adenbrückstraße gestorben.

Mauen (Volgland). Verunglückter Referentbevollmächtigter. Der Bergwerksdirektor Blume aus Saarbrücken, der als Delegierter zum hiesigen Antiarbeiterkongress am 12. d. in Gießen worden war, ist mit dem Berge Schöneberg und einige Stunden später an den Folgen eines Schläges gestorben.

Hofen. Unvorsichtigkeit eines Deputierten. Deputierter von Kalden vom 6. Genesienabergier wollte seinem Vorgesetzten den Deputierten eines Dienstreises zeigen. Die Waffe ging los, und der Burde wurde tödlich getroffen.

Kiel. Bei einer Unterredung auf dem Schiffsbau-Charakter vor Vigo führte der Schiffsjunge Lorenz ab und war sofort tot.

Vermischtes.

* Zum Erdbeben in Chile. Nach einem Telegramm am Limache soll die Stadt Quilota, die ungefähr 50 Kilometer von Palparalo entfernt lag, vollständig verfunken sein. Der Stof, der sie weglegte, wurde in Palparalo 40 Minuten lang vernommen. Von den 10 000 Einwohnern sollen weniger als hundert entkommen sein.

Nach einer New-Yorker Meldung beträgt die Zahl der Toten in Palparalo 1000. Die Erdbebe dauern fort und richten immer mehr Schaden an.

* Erdbebe ist auch in Schlesien und Südtirol verurteilt worden. In Zabörge (Schlesien) hörte man donnerähnliches Rollen. Fensterstößen wurden zertrümmert, Bilder und Stühle stürzten von den Wänden. Eine Anzahl Häuser erlitten Wisse. Ob die Erschütterung auf Erbebenabund oder auf Erdbeben zurückzuführen ist, geht noch nicht fest. In Palparalo (Südtirol) sind ebenfalls Erdbebe erfolgt, doch fehlen noch jegliche näheren Nachrichten.

* Ueber der Berge. Der 15 jährige Gnommalfeld Reichold, Sohn eines Münchener Vorlesers, ist bei einer Tour auf die Schmalz (Tirol), von einer Felswand abgestürzt und schwer verletzt aufgefunden worden.

Letzte Nachrichten.

Revolution in Anshand.

Moskau, 23. August. Der frühere Abgeordnete und Mitglied der Arbeiterpartei Samojloff ist seit zwei Wochen verhaftet. Man vermutet, daß er durch gefälschte Telegramme nach Petersburg gelockt und ermordet worden ist.

Breslau, 23. August. Der Schlesiens Zeitung zufolge wurde über den Industriebezirk russisch Polen gestern der verführte Kriegszustand verhängt.

Essen, 23. August. Mehrere Knaben fanden auf dem Hofe eines Ziehlers eine Sprengkugel, die sie zur Explosion brachten. Drei Knaben wurden schwer, einer lebensgefährlich, mehrere leicht verletzt.

San Sebastian, 23. August. Die Behörden üben eine sehr strenge Zensur über die Telegramme aus, die Ereignisse in Bilbao betreffen, indes ist es den Behörden unmöglich, die Wichtigkeit dieser Ereignisse zu verschweigen. Die Arbeiter-Verbände haben den Ausstand für verhängt, falls die Arbeitgeber ihre Forderungen nicht bewilligen. Die Schrift-seher sind bereits in den Ausstand getreten, es erscheinen heute keine Zeitungen mehr in Bilbao.

Gestern kam es zwischen Truppen und Streikenden zu mehreren Zusammenstößen. Zwei Streikende wurden getötet, ein Polizist und ein Beamter verletzt. Die Festlichkeiten in der Stadt wurden unterbrochen.

Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld.

Parteigenossen!

Unser diesjähriger Freitag findet am

Samstag, den 26. August,

vormittags von 11 Uhr an im Restaurant zum Hohen-

zollern zu Bitterfeld statt.

Als vorläufige Tagesordnung legen wir fest:

1. Bericht der Kreisleitung und Rechnung derselben.

2. Bericht der Delegierten.

3. Die politische Lage und unsere Taktik. (Ref. Genosse Raute, Eilenburg.)

4. Der Parteitag zu Mannheim.

5. Der Parteitag.

6. Anträge und Verschiedenes.

Die gewählten Delegierten werden ersucht, ihre Mühen dem Zentralvorstande mitzutellen. Die Ersucht ist möglichst vor-

mittags 8 Uhr in Bitterfeld sein.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Delitzsch. Alle Einwendungen werden gebracht, ab-

bitte etwas Geduld. Vielen Dank.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Ab. Tschel in Halle.

Linoleum, Wachstuche, Tapeten

Am Zell für die Hälfte und ein Viertel des sonstigen Preises. Verkauf nach auswärtig. Rathausstrasse 15.

Kopfläuse, Wanzen, Flöhe, Krätze

kurz Ungeheuer jed. wird durch „Kraz“ in kurzer Zeit radikal beseitigt. Flasche 50 Pf.

Zentral-Drogerie a. Kallmarkt

Telefon 3061.

Speise-Leinöl

erhalte jeden Dienstag und Freitag frisches Gelingen.

F. Baumgarten, Weinlingstraße 24/25

Als Wäscherin empfiehlt sich Frau Emma Doel. Etg 18 Pf.

Suche nach für die Statute verantwortlich: Eugen H. — Druck der Sächsischen Gewerkschaften, Dresden, 1905.

Fischhalle Germania

empfehlen in Frischer Ware und Eisabgabe:

Feinsten Schellfisch Bd. 33 Pf.

Feinsten Schellfisch, ohne Kopf 30 Pf.

Feinsten Kabeljau 30 Pf.

Feinsten Schollen 50 Pf.

Holleringe, feinst, fette 2 Stk. 15 Pf.

Neuen Sauerfisch 2 Pf. 25 Pf.

Neue Bratheringe, Hollmöse, Bismarckheringe billigst, Feitbäll-

linge zu billigen Tagespreisen, auch für Wiederverkäufer.

Max Kähnel, Steinweg 52.

Humoristen, Klavierspieler, Geiger

empfehlen zu allen Festlichkeiten

Artistenbühne, Restaurant

a. Glocke, Rathhausstr. Tel. 934.

Freitag Schlachtefest

G. Gerig, Rosenstr. 2.

Freitag Schlachtefest.

J. Basse,

Abdolatenvog 30.

Freitag Schlachtefest.

Fr. Peters,

Blumenthalstraße 27.

Freitag Schlachtefest.

B. Zschabitz,

Martinstraße 8.

Morgen Freitag d. 24. Aug.

großes Schlachtefest.

Otto Burghard,

Vernburgerstr. 14.

Morgen Freitag

Großes Schlachtefest.

E. Arndt, Vertramstr. 24.

Die Hämorrhoiden.

Jhr Wesen und ihre Heilung.

Preis 25 Hg.

Strebs, Magen-, Leberleiden

Anstechung und Vererbung von Strebs,

Zusammenhang von Gallenleiden und

Strebs, verdrängte Geschwülste, innere

und äußere Wucherungen und ihre

Heilung.

Von Dr. med. G. K. Braun.

Preis 30 Pf.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung.